

Themen in dieser Ausgabe:

1. Plädoyer für Nüchternheit und Gelassenheit

u. a. mit:
„Ratssitzung“

2. Kinder - Jugend - Schule - Familie

u. a. mit:
„Bonner SPD-Fraktion unterstützt in diesem Jahr Umwelt-Initiativen von Kindern und Jugendlichen“

3. Umwelt

u. a. mit:
„SPD fordert verstärkten Einbau von Rauchmeldern in Wohnungen“

4. Halbzeitung

5. Planung - Verkehr

u. a. mit:
„Zukunft des Bahnhofsumfeldes nicht an Südüberbauung knüpfen“

6. Kultur

u. a. mit
„Festspielhaus“

7. Sebastian-Dani-Medaille

„Vorschläge und Bewerbungen für 2007 einreichen“

8. Praktikum in der SPD-Fraktion

1. Plädoyer für Nüchternheit und Gelassenheit



„Wir wollen mit Nüchternheit und Gelassenheit die Themen, die zurzeit in der Bonner Kommunalpolitik kontrovers diskutiert werden, angehen“, so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Er plädiert dafür, die Debatten sachlich und nüchtern, vor allem aber lösungsorientiert zu führen.

Dies gelte beispielsweise für das Thema **„Gesamtschule“**.

Wilfried Klein: „Die Grünen haben hier mit ihrem unbedachten und aktionistischen Vorgehen der Sache einen Bärendienst geleistet. Den Gesamtschulgegnern (im Stadtrat, im Land) wurden zusätzliche Argumente an die Hand gegeben. Wir streben umsetzbare Lösungen für die betroffenen Eltern und ihre Kinder für das Schuljahr 2008/2009 an. Da-

für brauchen wir die Genehmigungen durch das Land, die Mehrheiten im Bonner Stadtrat, die Akzeptanz der Eltern und der beteiligten Schulen. Wir brauchen einen Standort und eine Finanzierung. Als SPD wäre uns eine weitere Gesamtschule am liebsten, wenn die Voraussetzungen stimmen.“

Ebenfalls kontrovers ist die Diskussion hinsichtlich der **Errichtung einer Moschee in Bonn**. Der Bauantrag für eine Moschee mit Kulturzentrum an der Hohe Straße ist baurechtlich erledigt. Nicht erledigt habe sich aber die Frage, an welchen Standorten in Bonn Moscheen errichtet werden können – und sollen! Die Verwaltung sei gefordert, eventuelle Standorte zu prüfen. Die Politik müsse dann Mut beweisen, sich für einen oder mehrere Standorte auszusprechen, so Wilfried Klein. Schwerwiegender ist für ihn die Sorge, ob alle Moschee-Gemeinden und insbesondere die angegliederten Kulturzentren einen Beitrag zur Integration leisten oder dort nicht vielmehr Desintegration betrieben werde. Klein: „Ist ein Kulturzentrum, das Jugendliche mit einem bestimmten religiösen und/oder kulturellen Hintergrund aus der öffentlich getragenen Jugendarbeit abzieht, Integration? Ist alles das, was dort gelehrt und vermittelt wird, so sicher ein Beitrag zur Integration, dass es unsere Zustimmung finden muss? Mit einer arabischen Schule haben wir unsere einschlägigen Erfahrungen gemacht. Auch die zahlreichen Sportvereine, die sich an Herkunftsländern oder –kulturen orientieren, sind nicht so ohne Weiteres als Ausdruck gelungener Integration zu werten und zu schätzen. Daher stellen wir an eine Moschee mit Kultur- und Veranstaltungszentrum kritische Fragen, die zu beantworten sind, bevor wir das gutheißen“.

Die SPD-Fraktion habe deshalb in ihrem Antrag im Sozialausschuss und im Rat auch formuliert: „Die Verwaltung wird gebeten, alternative Grundstücksvorschläge zum Bau einer Moschee zu finden. In diesem Prozess soll mit dem Rat der Muslime auch über Konzepte diskutiert werden.“

Ratssitzung am 23. April 2007

Auf der Tagesordnung standen u.a. die Abwahl der Beigeordneten Ulrike Kretzschmar, die Wahl eines Allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin und Anpassung des Dezernatsverteilungsplans sowie die Abberufung und Neuwahl der ehrenamtlichen Stellvertreter der Oberbürgermeisterin und die Wahl des Stadtdirektors.

„Zur Abwahl von Ulrike Kretzschmar ist zu bemerken, dass sie schon im Oktober 2005 das Schulamt und das Jugendamt an das Dezernat des Stadtdirektors abgeben musste. Die Amtsleiter und Herr Hübner haben die Aufgabe wunderbar gemeistert, allerdings mit einer enormen Mehrbelastung“, so Wilfried Klein. Klein betonte, dass es nun aber an der Zeit sei, das Familiendezernat neu zu besetzen.

Neu gewählt wurden in der Ratssitzung die ehrenamtlichen Bürgermeister. Es gibt jetzt vier. Ihre Zahl wurde erweitert.

Damit sind bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern alle Fraktionen vertreten. Bei der Vielzahl der Bürgermeister-Termine sei das auch sinnvoll, meint Klein.

Bei dieser Neuordnung war der CDU wichtig, als stärkste Fraktion dann auch den 1. Bürgermeister zu stellen – diesen hatten die Grünen zu Beginn der Ratsperiode von der SPD als Gegenleistung für andere Personalentscheidungen ausgehandelt. Nun haben sich die Mehrheitsverhältnisse geändert – es entspricht der auch von den Grünen praktizierten Logik, die Reihenfolge nun gemäß der Fraktionsstärke zu ändern.

Die SPD gratuliert Helmut Joisten (CDU), Horst Naaß (SPD), Peter Finger (Grüne) und Helmut Hauschild (FDP) zu ihrem Amt.

Tagesordnung des Rates:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711001TO.htm

Übersicht über die Beratungsergebnisse:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711208SO.htm

Personalentscheidungen

Die SPD stellt fest, dass bei wichtigen Personalentscheidungen für die Stadt die **Spitzenposten nur nach Ausschreibung und Einschaltung eines Personalberaters besetzt** werden.

"Dezernenten in einer Stadt sind politische Wahlbeamte. Dennoch ist es für die SPD-Fraktion unumstößliche Richtschnur, dass die politische Wahl erst nach Ausschreibung und Einschaltung eines Personalberaters erfolgen wird. Damit wollen wir die besten Kandidatinnen und Kandidaten für eine Bewerbung gewinnen. Dieses Verfahren haben wir bei der Nachfolgesuche für den Stadtbaurat angewandt, das werden wir auch bei der erforderlichen Neubesetzung des Sozialdezernates tun. Und das Verfahren gilt selbstverständlich auch für alle anderen evtl. erforderlichen Verfahren zur Nach- und Neubesetzung im Verwaltungsvorstand."

2. Kinder - Jugend - Schule - Familie

SPD setzt Spielplatzfeste und die Begehung der Spielplätze aus dem letzten Jahr fort.



Im vergangenen Jahr hat die SPD-Fraktion im Hinblick auf die Überarbeitung des Spielplatzbedarfsplans der Stadt Bonn Kinderfeste auf Spielplätzen in allen Stadtbezirken veranstaltet und dabei Kinder und Eltern befragt, wie sie die Qualität des jeweiligen Spielplatzes einschätzen und welche Vorstellungen sie von einem guten Spielplatz haben.



In diesem Jahr führt die SPD-Fraktion die Spielplatzfeste fort. Von Seiten der Stadt gibt es eine sorgfältig erarbeitete Vorlage. Mit ihr lassen sich so die Maßnahmen vor Ort überprüfen und durch zahlreiche Anregungen und Vorschläge ergänzen.



Das gibt eine gute Grundlage für die anstehenden Entscheidungen.



Am Mittwoch, dem 16.5.2007, werden die Fraktionen von SPD und CDU im Jugendhilfeausschuss einen Änderungsantrag vorlegen, der die Probleme aufnimmt und Projektionen aufzeigt.

Zur aktuellen Diskussion um die vierte Gesamtschule

Alljährlich zur Zeit der Anmeldungen für die weiterführenden Schulen manifestiert sich der Wille der Eltern nach dem Wunsch, dass Kinder über das vierte Schuljahr hinaus gemeinsam lernen, ein Lernen ohne Brüche erfolgt und die optimalen Bildungschancen für ihre Kinder eröffnet werden. Die SPD-Ratsfraktion unterstützt dieses Anliegen. Allerdings dürfen bei den Eltern auch keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Rat und in der Landesregierung dem Anliegen entgegenstehen. Deshalb ist in diesem Schuljahr die Einführung einer vierten Gesamtschule auch nicht möglich. Die SPD-Fraktion hat mit einem Änderungsantrag in der vergangenen Ratssitzung Wege aufgezeigt, wie im kommenden Jahr Lösungen eingeleitet werden können. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen.

Beschluss unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710230AA6.htm

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat zur Diskussion um eine vierte Gesamtschule ein Argumentationspapier verfasst.



Zu finden unter: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/html/12921/welcome.html>

Offene Ganztagschule in Bonn

„Wir wollen und werden die Plätze an der Offenen Ganztagschule an den Grundschulen (OGS) konsequent und bedarfsgerecht weiter ausbauen. Das kostet noch einmal zusätzliches Geld. Aber das ist es uns wert“, erklärte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.



Am 29.3.2007 wurde in der Ratssitzung ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion - gemeinsam mit der CDU - zu Maßnahmen **zum bedarfsgerechten Ausbau von OGS-Plätzen** beschlossen.

Mehr dazu unter: **Dringlichkeitsantrag** der SPD-Fraktion http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710649.htm Ergänzungsblatt http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710649EB2.htm

Stellungnahme der Verwaltung http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710649ST3.htm Übersicht über die Beratungsergebnisse der Ratssitzung am 29.3.2007 http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710916SO.htm



Die Bonner SPD-Fraktion unterstützt in diesem Jahr Umwelt-Initiativen von Kindern und Jugendlichen

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn vergibt in diesem Jahr die Spenden, die sie im Rahmen der Bonner Ehrenordnung an soziale und gemeinnützige Vereine und Initiativen verteilen wird, unter drei Schwerpunkten:

1. Die Schulen, die in diesem Jahr zur OGS ausgebaut werden, erhalten wie alle anderen Bonner OGS-Schulen bisher eine finanzielle Unterstützung für den OGS-Betrieb.
2. Soziale Initiativen und Einrichtungen werden gefördert.
3. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterstützung von Initiativen und Projekten sein, die Kinder und Jugendliche in Bonn zum Schutz von Klima und Artenvielfalt umsetzen. „Wir wollen mit der Unterstützung für diese Themen bei den Schülerinnen und Schülern ein Bewusstsein schaffen, sich aktiv mit der Problematik zu befassen, nach Lösungen zu suchen und diese Lösungen in der Praxis umzusetzen,“ so der Fraktionsvorsitzende Wilfried Klein. Die Art und der Umfang der zu fördernden Projekte unterliegen keinen starren Kriterien. Alle Projekte, die einen Beitrag zum Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt leisten, können gefördert werden. Eine Voraussetzung ist vorgegeben: Die Bewerber und Bewerberinnen müssen ihre Projekte gemeinsam mit einem gemeinnützigen Verein einreichen. Als Lohn für die besten Projekte winken bis zu 500 € als Preisgeld.

Die SPD-Fraktion ruft alle Kinder und Jugendlichen auf, sich bis zum 12.10.2007 mit der Vorstellung ihrer Projekte bei der SPD-Fraktion zu bewerben. Stichwort: „projekt2007“.

Kontakt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn, E-Mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Am Robert-Wetzlar-Berufskolleg wird wie geplant gebaut - Einstimmiger Beschluss wird umgesetzt

Das Robert-Wetzlar-Berufskolleg wird wie vorgesehen und wie beschlossen 2008 saniert und erweitert. Die Behauptung der Grünen, das Projekt würde geschoben und die Sanierung sei ungewiss, ist definitiv falsch. Lediglich das Vorziehen der Maßnahmen auf 2007 –

das war geprüft worden – lässt sich nicht machen. Das geht mit Blick auf die vielen anderen durchzuführenden Schulbaumaßnahmen leider nicht. Aus dieser Mitteilung eine Verschiebung der Arbeiten abzuleiten oder eine Missachtung von Ratsbeschlüssen zu machen, entbehrt jeder Grundlage und hat mit sachlicher Ratsarbeit nichts zu tun. So werden mal wieder Ängste und Unruhe an der Schule geschürt, die weder gerechtfertigt noch hilfreich sind.

SPD beantragt echte Familienzentren

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn möchte den Ausbau von echten Familienzentren forcieren. Es geht dabei unter anderem darum, die Qualität der Familienzentren sicherzustellen. „Die Bundesstadt Bonn hat mit dem Familienzentrum am Chemnitzer Weg einen bedarfsorientierten Maßstab gesetzt“, so der kinder- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Ernesto Harder.

Die SPD-Fraktion hatte in einem Antrag im Jugendhilfeausschuss gefordert, dass trotz der knappen Landesmittel echte Familienzentren ermöglicht werden.

Darüber können qualitative Angebote geschaffen werden, die eher geeignet sind, die Probleme des sozialen Umfeldes zu lösen. „Dies ist zielführender, als mit einer bloßen Etikettierung eine Einrichtung umzubenennen und die Erwartungen nicht erfüllen zu können“, so Ernesto Harder.

Neben den bereits bestehenden Familienzentren und zur Umwandlung beschlossenen Einrichtungen benannte die SPD-Fraktion konkrete Einrichtungen.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710442AA3.htm

Beschlussvorlage der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710442NV5.htm

3. Umwelt

Bonn – die Stadt des Klimaschutzes - Erfolgsbilanz und neue Anstrengungen

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat seit Jahren den Klimaschutz als vorrangiges Ziel auch für kommunales Handeln erkannt.

„Wir brauchen keinen Aktionismus, wir sind in Bonn eine verlässliche Kraft für den Klima- und Umweltschutz. Schon vor der großen Umweltkonferenz in Paris hat die SPD-Fraktion intensiv an umweltpolitischen Themen gearbeitet und den Antrag „Bonn – die Stadt des Klimaschutzes“ vorbereitet“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

In den Jahren 1994 bis 1999 hat die SPD-Fraktion früh und konsequent die Umweltpolitik in Bonn vorangetrieben. Bonn hat beispielsweise als eine der ersten Städte die kostengerechte Vergütung regenerativer Energien eingeführt und Beschlüsse zur umweltgerechten Beschaffung und zur PVC-Vermeidung gefasst. 1995 ist die Stadt dem Klima-Bündnis von rund 1200 europäischen Städten.



Dass sich Bonn den Ruf einer umweltfreundlichen Stadt erworben hat, ist nicht zuletzt auf das politische Engagement der SPD-Fraktion im

Einklang mit Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann zurückzuführen. Wolfgang Hürter: „Die SPD-Fraktion baut auf diese erfolgreiche Politik auf und wir arbeiten intensiv weiter. Die Entwicklung bleibt nicht stehen. Es gilt, neue Technologien zu nutzen. Die Stadt Bonn hat eine Vorbildfunktion im

Umwelt- und Klimaschutz. „Allein schon durch den Sitz des UN-Klima-Sekretariats sowie der internationalen Reputation als Stadt des Umweltschutzes muss sie durch besondere Anstrengungen den Umwelt- und Klimaschutz voranbringen“, so Hürter.

Antrag der SPD-Fraktion:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710332.htm

Beschlussvorlage der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710332NV4.htm

Fortsetzung Umwelt



Zum Thema „Bonn - Die Stadt des Klimaschutzes“

veranstaltet die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn am

30. Mai 2007, um 19.30 Uhr,
ein „**Stadthausgespräch**“ im **Sitzungssaal I**
des **Bonner Stadthauses, Berliner Platz 2.**

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

- **Prof. Dr. Raimund Bleischwitz**, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- **Joachim Helbig**, Abteilungsleiter im Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda der Stadt Bonn
- **Wolfgang Hürter**, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion
- **Günter Mitlacher**, Vorsitzender des NABU-Bonn
- **Frank Schwabe**, MdB, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

SPD fordert verstärkten Einbau von Rauchmeldern in Wohnungen — Wann ändert Landesregierung die Bauordnung?

„Es ist seit Langem bekannt, dass der Einbau von Rauchmeldern hilft, im Brandfall Menschenleben zu retten und Sachschäden zu reduzieren. Zuletzt war dies in Bonn bei einem Brand im Sebastian-Dani-Heim der Caritas der Fall“, so begründet Bärbel Richter, stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, die Anfrage ihrer Fraktion an den Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz am 2. Mai 2007.

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob die Landesregierung NRW gewillt ist, den Einbau von Rauchmeldern verpflichtend in die Bauordnung des Landes NRW aufzunehmen. Andere Bundesländer haben dies schon getan. Dem Vernehmen nach gibt es im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW Widerstände gegen eine solche Regelung, die von



den Fachleuten der Feuerwehren seit längerem gefordert wird. Bei Neubauten und Grundsanierungen von Wohnanlagen ist der Einbau von Rauchmeldern Bestandteil der Förderrichtlinien. „Warum dies nicht grundsätzlich in die Bauordnung aufgenommen wird, erschließt sich dem Betrachter nicht“, so Richter. „Insbesondere dort, wo Familien mit Kleinkindern, ältere Menschen oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, in größerer Zahl unter einem Dach leben, besteht Handlungsbedarf. Wir fordern daher private Eigentümer von Wohnanlagen auf, nicht auf die Änderung der Bauordnung zu warten, sondern unverzüglich tätig zu werden.“ Weitere Punkte der Anfrage sind daher der Stand des Einbaus bei städtischen Einrichtungen, insbesondere Senioren – Wohnheimen, und die Möglichkeiten der Stadt, bei privaten Eigentümern von Wohnanlagen für den Einbau zu werben.

den Fachleuten der Feuerwehren seit längerem gefordert wird.

Bei Neubauten und Grundsanierungen von Wohnanlagen ist der Einbau von Rauchmeldern Bestandteil der Förderrichtlinien. „Warum dies nicht grundsätzlich in die Bauordnung aufgenommen wird, erschließt sich dem Betrachter nicht“, so Richter. „Insbesondere dort, wo Familien mit Kleinkindern, ältere Menschen oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, in größerer Zahl unter einem Dach leben, besteht Handlungsbedarf. Wir fordern daher private Eigentümer von Wohnanlagen auf, nicht auf die Änderung der Bauordnung zu warten, sondern unverzüglich tätig zu werden.“

Weitere Punkte der Anfrage sind daher der Stand des Einbaus bei städtischen Einrichtungen, insbesondere Senioren – Wohnheimen, und die Möglichkeiten der Stadt, bei privaten Eigentümern von Wohnanlagen für den Einbau zu werben.

Große Anfrage unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710727.htm

Stellungnahme der Verwaltung: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710727ST2.htm

Rotes von den Roten - für die Bonner Kleingartenvereine

Wie in den vergangenen Jahren verschenkte die SPD-Fraktion wieder Tomaten-, Paprika- und Peperoni-Jungpflanzen an die Bonner Kleingärtner als Dankeschön für ihre Arbeit. Mit dabei waren der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Bonner SPD, Ulrich Kelber, sowie der Stadtverordnete Adi Eickhoff. Die Kleingärtner schätzen diesen kurzen Draht zur Politik. So lassen sich Themen, die die Kleingärtner bewegen, direkt ansprechen und anpacken.

Mehr dazu unter: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/net/galerie/13156/1755.html>



4. Halbzeitung - „BONNZEIT“

Die 1. Halbzeitung in der laufenden Ratsperiode ist geschaffen. Am 4. Mai 2007 haben **Wilfried Klein**, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, **Ulrich Kelber**, MdB, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn, und **Bärbel Dieckmann**, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, in einer Pressekonferenz auf dem Stadthaus Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen und einen Ausblick auf kommende Aufgaben gegeben. Vorgestellt wurde die „**Bonnzeit**“, ein Magazin zur Halbzeit der Ratsperiode.



„**BONNZEIT**“ unter: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/net/meldungen/5235/44973.html>

5. Planung — Verkehr

Zweites SPD–Bürgergespräch zur Kennedybrücke

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn und die SPD-Beuel hatten zum zweiten Bürgergespräch zur Gestaltung der Kennedybrücke in das Rathaus Beuel eingeladen. Thema waren diesmal die jetzt vorliegenden Varianten für die sog. Vorlandbrücken.

Zu Beginn der Veranstaltung erläuterte die Stadtverordnete Angelika Esch, dass jede/r, der über die Brücke geht oder mit dem Fahrrad fährt, sich über die viel zu schmalen und gefährlichen Fuß- und Radwege der alten Brücke ärgert. „Bei der gewachsenen Bedeutung dieser Verkehrsarten müssen die Wege hierfür dringend verbreitert werden. Damit ist die Brückensanierung und -erweiterung eines der wichtigsten Bauprojekte der Stadt Bonn in den nächsten Jahren“, so Angelika Esch. „Uns ist es wichtig, auch im Rahmen unserer Meinungsbildung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.“

Der Betriebsleiter Baumanagement, Friedhelm Naujoks, und Helmut Haux vom Stadtplanungsamt, die an der Veranstaltung teilnahmen, erläuterten die von der Verwaltung vorgeschlagenen Varianten zur Gestaltung. Zunächst gab Friedhelm Naujoks einen Einblick in den Bauablauf. Er erklärte, dass niemand Sorge haben müsse, dass die Brücke verspätet fertig-

gestellt werde. „Es gibt einen genauen Zeitplan, der auch eingehalten wird“, sagte er. „Die notwendigen Vorarbeiten haben bereits termingerecht begonnen.“ Friedhelm Naujoks erklärte aber auch, dass es nicht möglich sei, ein Projekt mit einem Bauvolumen von ca. 40 Mio. Euro ohne jede Beeinträchtigung für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen: „Die Stadt wird aber dafür sorgen, dass die Beeinträchtigungen so gering wie möglich sein werden.“ Im Anschluss stellte Helmut Haux die Pläne der Verwaltung vor.

Die überwiegende Mehrheit der Gäste nahm die Vorschläge der Verwaltung positiv auf. Es wurde auch begrüßt, dass das zusätzliche Trenngeländer zwischen Radweg und Fahrbahn nicht realisiert wird, allerdings mit der Maßgabe, dass eine Konstruktion für eine mögliche spätere Montage des Geländers vorgesehen wird. Einhellige Meinung war, dass sich die Situation nach der Sanierung und Verbreiterung für alle Verkehrsteilnehmer erheblich verbessern wird.

Zum Abschluss gab es die Zusage, dass weitere Bürgergespräche zu diesem Thema stattfinden werden.



Neues Buskonzept

Übersichtlicher, besser, zukunftsweisend.

SPD fordert breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

„Mit einem einheitlichen 10-Minuten-Takt auf den Hauptlinien und mit einem starken Nachtbusnetz als Ergänzung wird der öffentliche Nahverkehr in Bonn auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten“, so Werner Esser, verkehrspolitischer Sprecher der SPD Fraktion, bei der Kommentierung des neuen Busnetzes.



Schon heute wird jede dritte Fahrt in Bonn mit dem öffentlichen Nahverkehr durchgeführt. Dabei legt die SPD starken Wert auf bessere Vernetzung zwischen Bus und Bahn. Das Busnetz wird stärker auf unser Bahnangebot ausgerichtet werden. Die Bahnhöfe in Duisdorf und Mehlem, aber auch die Haltepunkte entlang der Linie 66, werden stärkere Umsteigepunkte werden.

„Die Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg Kreis ist für uns notwendig“, betont Werner Esser. „Unsere Verkehrsprobleme sind nur gemeinsam zu lösen. Dabei sollten in einem ersten Schritt die einvernehmlichen Lösungskonzepte umgesetzt werden.“

Entscheidend für das Gelingen des Konzeptes ist eine breite Bürgerbeteiligung. Die SPD setzt sich für Bürgerversammlungen in allen vier Stadtbezirken ein“.

„Es wird Veränderungen für die Fahrgäste geben; aber Veränderungen hin zu einem leistungsfähigen, zukunftsfähigen und finanzierbaren Nahverkehr“, so Werner Esser.

Informationen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/ohtm/07/0710946.htm

Zukunft des Bahnhofsumfeldes nicht an Südüberbauung knüpfen. „Nach der Vorlage, Beratung und Verabschiedung des Verkehrskonzeptes für das Areal am Bahnhof werden die Entscheidungen über die Vermarktung und Bebauung der ersten Baufelder am Bahnhof getroffen. Diese Entscheidungen erfolgen unabhängig von der Zukunft der „Südüberbauung“.

Auf diese Passage aus dem Ratsbeschluss vom 31.1.2007 weist Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, erneut hin. Anlass ist die Mitteilungsvorlage zum Ergebnis der Eigentümerbefragung. „Das von PWC ermittelte Ergebnis macht deutlich, dass in absehbarer Zeit mit einem Abriss der Südüberbauung nicht gerechnet werden kann. Es wären städtische Gelder erforderlich zur Substanzvernichtung. Dies ist nicht zu verantworten“, so Wilfried Klein.

„Zur dringend erforderlichen Entwicklung der Flächen vor dem Hauptbahnhof, vorrangig zur Nutzung für den Einzelhandel und der damit verbundenen Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, müssen die Planungen nun den Bestand der „Südüberbauung“ berücksichtigen.“

Resolution gegen den Bahnlärm Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hat zusammen mit 38 Rheinanliegerkommunen eine Resolution gegen den Bahnlärm initiiert

Mit der "Koblenzer Erklärung" fordern 38 Rhein-anlieger-Städte zwischen Köln und Mainz die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG auf, neben dem bestehenden Lärmsanierungsprogramm weitere Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung durch Personen- und Güterzüge zu ergreifen. "Das Tempo der Lärmsanierung muss deutlich erhöht werden", so die Initiatorin der Resolution, die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, bei der Unterzeichnung im Rathaus von Koblenz. "Wir fordern, alle technischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Lärm bereits an der ‚Quelle‘ zu reduzieren."

Mehr dazu unter:

[http://www.bonn.de/
umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/
topthemen/04975/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/topthemen/04975/index.html?lang=de)

SPD fordert intensivere Hinweise auf Informationsmöglichkeiten

„Im Juni 2006 hat der Hauptausschuss einen einstimmigen Beschluss zur Verfahrensweise zum Netzausbau in der Bundesstadt Bonn beschlossen. Bestandteil war u. a. der Hinweis auf bestehende Standorte von Mobilfunksendeanlagen auf der Homepage der Stadt Bonn. Mittlerweile sind auch geplante Anlagen, wenn auch aus Datenschutzgründen, nicht adressenscharf abgebildet.“ Darauf weist, Christine Schröder-Diederich, die SPD – Stadtverordnete für Röttgen und Ückesdorf, hin. „Offensichtlich ist diese Informationsmöglichkeit aber nicht ausreichend bekannt, wie die Bürgeranträge zum Thema Sendemast in Röttgen zeigen. Dies gilt auch für die Informationen aus den Messanlagen der Bundesnetzagentur, die ebenfalls im Internet abrufbar sind. Ziel muss es sein, diese Informationen leicht und unmittelbar abrufen zu können. Dies ist bislang nicht der Fall.“

Hinweise zu Mobilfunksendeanlagen unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0611311.htm
[http://www.bonn.de/
umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/stadtplanungsamt/
stadtentwicklungsplanung/projekte/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/stadtplanungsamt/stadtentwicklungsplanung/projekte/index.html?lang=de)

6. Kultur

Festspielhaus

SPD: „Das wird eine ganz feine Sache“ – Gewinn für die ganze Region – Verlässlichkeit der Kommunalpolitik erforderlich

Mit Freude hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn die Meldungen zur Kenntnis genommen, dass der Bau der neuen Festspielhalle in Bonn in greifbare Nähe rückt. „Ein neues Festspielhaus in Bonn ist ein Gewinn für die ganze Region – und für alle Bürgerinnen und Bürger. Es werden nicht nur die Konzertbesucher von einer hochwertigen Architektur und Akustik profitieren; Hotellerie, Gastgewerbe und der gesamte Tourismusbereich werden zu den Gewinnern gehören – und damit auch viele Arbeitsplätze dort sichern können“, so Wilfried Klein. Dankbar ist Klein, dass sich die Post-Nachfolgeunternehmen und die Sparkasse Köln-Bonn für ein Festspielhaus auf Weltniveau finanziell engagieren.

Nun muss die Betriebsseite geklärt werden: Die Betreiberkosten, das Betreiberkonzept und das Programm, das in der Halle gezeigt werden soll. Das Beethovenfest wird nur einen Teil des Jahres das Haus ausfüllen können.

Die SPD mahnt hier die Verlässlichkeit in der Kommunalpolitik an.

Wilfried Klein: „Verlässlichkeit brauchen die jetzigen Bonner Kultureinrichtungen, deren Förderung nicht unter dem städtischen Engagement für das Festspielhaus leiden darf; Verlässlichkeit benötigen aber auch die Investoren und Geldgeber für das Festspielhaus – die Bonner Kommunalpolitik darf sich bei einem so wichtigen Projekt nicht im beliebten Streit um Kleinigkeiten verlieren. Es geht um eine große Chance für Bonn – und die muss entschlossen ergriffen werden. Die SPD ist dazu bereit.“

Diskriminierung von Nicht-EU-Ausländern ist falsch

Die SPD Ratsfraktion unterstützte den AStA der Uni Bonn bei der Forderung nach Rücknahme der 150,- EURO Zusatzgebühr für Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Ländern.

Adi Eickhoff, Sprecher für Integration und Internationales der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „Dass die Universitätsleitung die Abbrecherquote von ausländischen Studenten senken will, ist ein gutes Ansinnen. Dass dafür aber alle Nicht-EU-Ausländer während des gesamten Studiums zur Kasse gebeten werden sollen, halten wir für das falsche Zeichen. In Bonn gibt es ein hervorragendes Angebot an qualifizierten Sprach-

kursen, in denen Sprachdefizite ausgeglichen werden können.“

„Die SPD-Fraktion hatte, gemeinsam mit der CDU-Fraktion, eine Resolution zur Abstimmung gebracht, in der der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gebeten wurde, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Leider hat sich die Universität nicht bewegt und bleibt bei ihrer Entscheidung.“

Resolution unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711131EB2.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711131.htm

7. Sebastian-Dani-Medaille — Vorschläge und Bewerbungen für 2007 einreichen

„Wir müssen helfen und nicht Akten anlegen“. Dies war ein häufiges Zitat von Sebastian Dani und das Motto seiner Arbeit in den 18 Jahren seiner Amtszeit als Stadtdirektor von 1946 bis 1964, dem er sich immer verpflichtet gefühlt hat. Im Krieg von den Nazis verfolgt, war er nach dem Krieg und in den Jahren des Wiederaufbaus für den gesamten Sozialbereich verantwortlich.

In Erinnerung an diesen sozialdemokratischen Bonner Stadtdirektor hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn die „Sebastian-Dani-Medaille“ gestiftet. Sie wird jährlich für konkrete unbürokratische Hilfeleistung vergeben. Zu der Medaille gibt es noch ein kleines Geldgeschenk.

Vorschläge für 2007 werden von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn entgegengenommen. Für den Preis können Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen vorgeschlagen werden. Wer Nachbarn, Freunde oder andere Personen kennt, die sich unbürokratisch für andere Menschen eingesetzt haben, möchte sich mit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn in Verbindung setzen. Die Vorschläge sollten bis spätestens Freitag, dem **25. Mai 2007** eingereicht werden.

Dieses Jahr erfolgt die Preisverleihung am 6.7.2007.

Vorschläge bitte per E-Mail, Fax oder Brief an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn.



E-Mail:

spd.ratsfraktion@bonn.de, Fax: 0228/658220. Eine unabhängige Jury wird aus den Vorschlägen auswählen.

Informationen zur Sebastian-Dani-Medaille unter:

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/net/html/6091/welcome.html>

8. Praktikum in der SPD-Ratsfraktion



In der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn besteht die Möglichkeit – vornehmlich für Studentinnen und Studenten - ein Praktikum zu machen. Das Praktikum sollte ca. 3 Monate dauern.

Eine Vergütung gibt es leider nicht. Selbstverständlich können sich auch Schülerinnen und Schüler für Schülerpraktika bewerben.

Bewerbungen bitte an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn oder per E-Mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Impressum: **Bonnews**, Mai 2007

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtratsfraktion, Ulla Lührs, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101,

Internet: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>, e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

